

26.09.2023

Liebe Aktivisten der Marburger Friedensinitiative „Nein zum Krieg!“,

danke, dass Sie u.a. mit diesem Fragenkatalog und Ihren öffentlichen Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass friedenspolitische Fragen mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs bekommen.

Hier sind meine Antworten auf Ihren Fragenkatalog.

Mit freundlichen Grüßen  
Frank Michler, Bürgerliste Weiterdenken.

---

### **1. Bildung u. Friedenserziehung:**

Wie soll Friedenserziehung als allgemeines Bildungsziel in der Arbeit an Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung verankert und umgesetzt werden?

#### **Antwort:**

*An allen Bildungseinrichtungen sollten Kurse zu den Prinzipien der Gewaltfreien Kommunikation (nach M. Rosenberg) angeboten werden, an allen Schulen des Primarbereichs und der Sekundarstufe I sollte an mindestens einem Tag im Schuljahr obligatorisch moralisch-demokratische Kompetenz (nach Dr. Georg Lind) intensiv vermittelt werden. An Hochschulen und Institutionen der Erwachsenenbildung sollten die Konzepte der „Sozialen Verteidigung“ gelehrt und an Hochschulen vermehrt darüber geforscht werden. Außerdem soll die Vermittlung geopolitischer Grundkenntnisse einschließlich besonders umstrittener Einrichtungen wie der Airbase Ramstein Bestandteil der Lehrpläne zumindest für die Sekundarstufe II werden.*

Wie werden Sie die Handlungsmöglichkeiten der Hochschulen für Zivilklauseln (keine Beteiligung an Kriegsforschung) unterstützen?

#### **Antwort:**

*Ich werde mich als Erstes für eine Änderung bzw. Erweiterung des §1 (Absatz 3) im Hessischen Hochschulgesetz (HHG) einsetzen, um die Bildung eines besonderen Gremiums an der jeweiligen Hochschule zu ermöglichen, das Meldungen über Verdachtsfälle an Kriegsforschung oder -Entwicklung entgegennimmt und darüber berät. Letztlich bin ich für ein Landesgesetz, das ein entsprechendes Verbot vorgibt.*

### **2. Kriegsprävention (Friedensgebot, Art. 69 Hessische Verfassung)**

In Hessen stationiertes Aggressionspotenzial, Kasernen, Munitionslager, Rüstungsbetriebe und Kommandozentralen sind Angriffsziele für einen Gegner, der sich bedroht sieht. Was werden Sie unternehmen, um diese Gefahrenlage zu entschärfen, insbesondere:

Werden Sie gegen die von hessischem Boden aus gesteuerten weltweiten Kriegsvorbereitungshandlungen, z.B. der US-Kommandozentrale in Wiesbaden, aktiv?

#### **Antwort:**

*Ja, ich werde jede Gelegenheit nutzen, die sich dazu bietet. Da die Landesverteidigung in die Zuständigkeit des Bundes (Art 73 GG) fällt, sind die Möglichkeiten des Landtages hier leider*

*begrenzt. Die Bundespolitik könnte aber in Resolutions-Anträgen zu entsprechendem Handeln aufgefordert werden. Dabei wäre ein konkretes Ziel die zeitnahe und ersatzlose Auflösung des Flugplatzes Wiesbaden-Erbenheim (Wiesbaden Air Base). Die US-Truppen würde ich aus der Clay-Kaserne abziehen lassen. Hessen sollte sich entschieden dafür einsetzen, dass das US-Militär insgesamt aus Deutschland abzieht.*

Werden Sie Rüstungskonversionsprogramme initiieren oder zumindest unterstützen?

**Antwort:**

*Ja, beides unbedingt!*

Werden Sie dafür aktiv, dass Hessen per Landtagsbeschluss ein politisches Zeichen setzt für den Atomwaffenverbotsvertrag?

**Antwort:**

*Ja, auf jeden Fall!*

**3. Öffentlicher Raum und Werbung:** Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen sowie öffentlichen Reklameflächen zu Werbezwecken

Was wollen Sie tun, um die systematischen Versuche der BW zurückweisen, die Zivilgesellschaft zu durchdringen und ihr gesellschaftliches Akzeptanzimage aufzuwerten?

**Antwort:**

*Hier ist v. a. Öffentlichkeitsarbeit gefragt im Sinne einer Gegenöffentlichkeit. Dazu gehört auch eine entschlossene Haltung in der parlamentarischen Arbeit – im Kontakt mit anderen Abgeordneten ebenso wie mit der Presse. Bei entsprechenden auch nur möglichen politischen Mehrheiten werden wir uns in jedem Fall auch durch Gesetzes-Initiative für ein generelles Werbeverbot für die Bundeswehr wie auch für andere Armeen einsetzen.*

*Solange ein Werbeverbot nicht erreichbar ist, sollte angestrebt werden, dass Friedensinitiativen in gleichem Maße an Schulen und zu Ausbildungsmessen eingeladen werden wie die Bundeswehr.*

**4. Der Hessentag** - eine Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt des Landes und zugleich die Fähigkeit zu Integration und Frieden zu präsentieren

Wie soll erreicht werden, dass sich das Land als friedliches Hessen - und nicht auf einem Teil seiner Fläche als waffenstrotzender Aufmarschplatz - darstellt, wo bereits Kindern die Faszination am Waffenspektakel vermittelt wird?

**Antwort:**

*Die Bundeswehr gehört nicht auf den Hessentag. Stattdessen sollten Workshops zur „Gewaltfreien Kommunikation“ (M. Rosenberg) und Vorträge zur „Sozialen Verteidigung“ in den Hessentag integriert werden. Friedensinitiativen sollten in die Planung des Hessentages eingebunden werden und Vorschläge für Vorträge, Workshops oder kulturelle Beiträge einbringen können.*

**5. Friedenskultur (Art. 62 in Verbindung mit Art. 69 Hessische Verfassung)**

Erkennen Sie weitere Maßnahmen der Militarisierung unseres Landes, und wie wollen Sie diese zurückweisen?

**Antwort:**

*Während der Coronamaßnahmenkrise wurde die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe für medizinisch sinnlose Maßnahmen wie z.B. Massentests an gesunden Menschen eingesetzt. Wenn das Land auf gezielte Panikmache und in diesem Zusammenhang auf sinnlose Maßnahmen verzichtet, entfällt auch der Anlass für solche Amtshilfe, die es der Bundeswehr ermöglicht, stärker in der Zivilgesellschaft Fuß zu fassen.*

*Den massivsten Einfluss im Sinne der Militarisierung üben m. E. die Massenmedien aus. Hier hat die Landespolitik im Wesentlichen einen indirekten Einfluss auf die Einhaltung journalistischer Standards im ÖRR sowie die finanzielle Förderung vordergründig neutraler, aber streng von NATO-Interessen geleiteter Initiativen und Einrichtungen.*

*Die Umsetzung und auch die politische Unterstützung von Sanktionen, die zudem nicht durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert sind, müssen ebenfalls als Ausdruck der Militarisierung gesehen werden, in diesem Fall handelt es sich um Wirtschaftskrieg.*

Was werden Sie tun, um Feindbilder abzubauen und deren Propagierung entgegenzutreten?

**Antwort:**

*Städtepartnerschafts-Programme sowie Kultur-, Sport- und Jugend-Austauschprogramme können gegenseitiges Kennenlernen verschiedener Länder, Völker und Kulturen befördern und damit Feindbilder abbauen. Dies gilt selbstverständlich und in besonderem Maße für Länder, die von unserer Propaganda zu Feinden erklärt werden. Entsprechende Aktivitäten sollten vom Land Hessen stärker gefördert werden. Darüber hinaus unterstütze ich die Teilnahme einer hessischen Delegation am Weltjugendtreffen in Sochi 2024.*

*Nicht zuletzt sollten geeignete Daten zu überregionalen Großkampagnen für Frieden und Völkerverständigung genutzt werden.*

Was wollen Sie tun, um der Einschränkung der Meinungsvielfalt in den Medien bis hin zur Zensur Einhalt zu gebieten?

**Antwort:**

*Über den Rundfunkrat sollte auf eine breitere Meinungsvielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hingewirkt werden. Des Weiteren sollte das Land Hessen die Entwicklung von Open-Source-Software zur zensurfreien Kommunikation sowie zur Publikation journalistischer Inhalte fördern. Wir wenden uns grundsätzlich und aufs Schärfste gegen Jede Art von Gesetzgebung, die Zensur begünstigt oder gar fördert. Zensur wird und wurde immer mit guten Absichten begründet, aktuell steht die Vermeidung von Hass-Kriminalität besonders hoch im Kurs. In Wahrheit geht es bei Zensur immer um eines: Den Versuch der Kontrolle von Information.*

Wie werden Sie den Umgang mit öffentlicher antimilitaristischer Erinnerungskultur fördern?

**Antwort:**

*Ich werde mich für eine dauerhafte finanzielle Unterstützung des Landes Hessen an der Errichtung dem Erhalt von Friedensdenkmälern starkmachen. Dies fordert schon der Artikel 62 der Hessischen Verfassung vom Land.*

Was werden Sie tun, um die ehrenamtliche Arbeit der Friedensinitiativen in Hessen zu unterstützen?

**Antwort:**

*Ich werde mich – soweit von den Initiatoren gewünscht - für eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Landes Hessen an der Auslobung des Bertha von Suttner-Friedenspreises für die Jugend einsetzen.*

## **6. Unterstützung von Menschen, die vor Krieg geflohen sind (Art. 7 Hess. Verfassung)**

Wie werden Sie die Kommunen und ehrenamtlich tätige Initiativen unterstützen, die vor Krieg Geflüchtete betreuen?

### **Antwort:**

*Eine erheblich stärkere finanzielle Unterstützung für die Kommunen halten wir schon aus Gründen des Subsidiaritäts-Prinzips für unbedingt angebracht. Die wichtigste Maßnahme im Sinne der Kriegsflüchtlinge ist im Übrigen eine konsequente Friedenspolitik, die sich insbesondere keinesfalls an Waffenlieferungen beteiligen sich für solche einsetzen oder sie billigen darf!*

Was werden Sie tun, um hierher geflohenen Kriegsdienstverweigerern, Desertierten und Kriegsdienstentziehenden Schutz zu gewähren?

### **Antwort:**

*Diese Menschen gelten in ihren Herkunftsländern sehr oft als Gesetzesbrecher und/oder als Verräter. Insofern sind sie als politisch Verfolgte anzusehen und genießen – ebenso wie häufig etwa Schriftsteller oder Journalisten, die sich gegen Krieg äußern – Asyl. Das gilt ebenso z. B. für Menschen, die auf einer Todesliste landen wie der ukrainischen Seite „Mirotvorez“. Ich werde mich natürlich auch mit aller Kraft gegen jeden Versuch wenden, hierher Geflüchtete etwa im Rahmen von General-Mobilmachungen an die betreffenden Staaten auszuliefern.*

## **7. Beendigung von Kriegshandlungen.**

Haben Sie den Eindruck, dass Rüstungsexporte ein geeignetes Mittel sind, um Flucht vor Krieg und Zerstörung zu vermeiden?

### **Antwort:**

*Natürlich nicht – das Gegenteil ist offensichtlich! Da hilft es nicht, wenn die meisten Politiker um diese Frage herumtänzeln und versuchen, Waffenexporte schönzureden, im Extremfall eigene Wahlaussagen mit ihrer aktuellen Politik noch eindeutiger zu konterkarieren, als sie es früher auch schon oft genug getan haben. Ich werde konsequent jede Politik bekämpfen, die sich für Waffenexport und Militarisierung einsetzt. Ich werde dabei keinerlei Rücksicht auf Vorgaben aus Washington oder Brüssel nehmen.*

Was soll das Bundesland Hessen tun, um der 'Politik der Zeitenwende' zu widersprechen, dass der Krieg mit Waffen befeuert werden müsse bis zum Sieg - weil nämlich der Frieden gewonnen werden muss ("Verhandeln statt Schießen!")?

### **Antwort:**

*Auch hier könnte Hessen durch eine zielgerichtete Friedensorientierung mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit Enormes leisten: Von einer Beteiligung führender Politiker an echten Friedens-Demonstrationen über die Demaskierung von NATO-Propagandisten insbesondere im HR, die Einladung angeblich so böser Staatsmänner aus „Schurkenstaaten“ bis hin zur medienwirksamen Gewährung von Asyl an Menschen wie Julian Assange und Edward Snowden.*